

## Sozialpolitisches Manifest 4 –1997 Kassel

Die Lage der Sozialpolitik ist in den vergangenen beiden Jahren nicht besser geworden. Eigentlich entsteht der Eindruck, als sollte zum finalen Schlag gegen Sie ausgeholt werden - ein Eindruck, der nahezu schon eben jenen Sozialstaat zum Objekt der Verteidigung werden läßt, der in den vergangenen 30 Jahren oft genug Gegenstand berechtigter Kritik gewesen ist.

Gleichzeitig würde die Entlassung des Staates aus seinen Versorgungspflichten das Elend größerer Bevölkerungsteile vermehren, auf Dauer stellen, und, wie ein immer wieder auftauchendes Schlagwort es uns suggeriert, "globalisieren". Sozialpolitik ist nicht die Verwaltung von finanziellen Restmitteln, sondern gleichberechtigtes Politikfeld. Gleichzeitig muß das Recht bewahrt werden, nicht abhängiger Untertan (und nichts anderes heißt "Klientel" wörtlich übersetzt) von Arbeitsämtern, Sozialexperten usw. zu sein, das Recht, nicht mit Schuld und Schulden jener Gesamtgesellschaft, die die Eltern, Großeltern etc. konstruiert haben, belästigt und belastet zu werden.

Gleichzeitig findet eine Umverteilung des Geldes von unten nach oben statt; Geld ist, etwa bei internationalen Konzernen und ihren diversen "shareholder values", genug vorhanden. Vonnöten wäre eine Umkehr der Verteilungslogik durch eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben in Bund und Ländern, bis hin zur Neuordnung der Kommunalfinanzierung, und zur Unterstützung der Länder der 3. Welt. Gleichzeitig ist, bei aller notwendigen Umkehr der Verteilungslogik, die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für alles und jedes oft genug ein unzureichender Ersatz für fehlende Praxis individueller Verantwortlichkeit.

Diese Gratwanderung zwischen der Realutopie eines immer gerechter werdenden Staat des Sozialwesens und jener einer, im kleinen und großen,, sozialeren Gesellschaft - und beide Positionen sind beim Zustandekommen dieser Erklärung vertreten worden - wird zu gehen sein: Weder kann Verantwortlichkeit für den Abbau des Sozialstaats rechtfertigen, noch die Sozialstaatlichkeit die Suche nach dezentralen Innovationen angesichts jener Arbeitsmarktlage, die sich in den vergangenen 25 Jahren von Jahr zu Jahr kontinuierlich verschlechtert hat, ergeben sich die Notwendigkeiten, ein soziokulturelles Existenzminimum zu erkämpfen, die verbliebenen Rechte wahrzunehmen und ihre Wahrnehmung durchzusetzen, mit einem Wort: kreativen Widerstand zu leisten. In diesem Zusammenhang war bei Sozialpolitischem Forum 1997 von "existenzsichernder Faulheit" die Rede: zwar müssen selbstredend die Bedürfnisse der je Einzelnen durch Arbeit befriedigt werden, jedoch widerspricht eine Produktion auf einem hohen Umsatzniveau an Material und Energie, mit jener Überarbeitung zusehends weniger werdender Personen, jenen nachhaltigen ökologischen Prinzipien, wie Sie die Natur seit Jahrtausenden realisiert hatte. Zu recht meint der Brundlandtbericht (S. 46): "Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können".

Hierzu wird es weiterhin notwendig, Neues auszuprobieren, Produktionsmittel und Ressourcen sich ebenso anzueignen, wie insbesondere soziale und fachliche Kompetenzen, und diese weiterzuentwickeln, wie etwa neue Lebensformen, Lebensgemeinschaften und dezentrale Genossenschaften. Auch ist nach wie vor die Entwicklung und Vernetzung human, emanzipativ und ökologisch tragfähiger Lebenszusammenhänge voranzutreiben. Ökologie darf Armut nicht vergessen, und

Armut nicht Ökologie: So müssen auch für die Sozialhilfe-Empfangenden ökologisch (und sozial) produzierte Lebensmittel erreichbar sein.

Das Sozialpolitische Forum 1997 lehnt das Lohnabstandsgebot des §22 Absatz 4 BSHG ab. Es besteht - insbesondere auf Grund der beabsichtigten Einführung von "Kombilöhnen" (neuen Niedriglohngruppen auf breiter Basis, die durch Sozialhilfe aufgestockt werden) - die akute Gefahr, daß die Regelsätze der Sozialhilfe abgesenkt werden und das sinkende Sozialhilfeniveau nicht nur die neuen Niedriglohngruppen, sondern die gesamte Lohnpyramide weiter mit nach unten zieht.

Um unter dem Existenzminimum liegende Niedriglöhne einführen zu können, sollen diese durch ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt aufgestockt werden. Das erfordert eine kräftige Erhöhung der Absetzbeträge nach §76 Absatz 2a BSHG. Durch die Erhöhung dieser nicht auf Sozialhilfe zuzurechnenden Freibeträge für erwerbstätige Sozialhilfeempfänger werden voraussichtlich automatisch durch Anwendung des Lohnabstandsgebots die Regelsätze tief abgesenkt, denn nach §22 Absatz 4 muß zwischen den unteren Löhnen und der Sozialhilfe ein Abstand mindestens in Höhe dieses Freibetrags eingehalten werden. Da sich das steuerfreie Existenzminimum nach der Höhe des Sozialhilfeniveaus richtet, führt eine Absenkung dieses Niveaus zu niedrigeren Steuerfreibeträgen, damit zu niedrigeren Nettolöhnen. Diese Absenkung des Lohnniveaus wiederum führt über das Lohnabstandsgebot zu einer weiteren Kürzung der Regelsätze - eine Sozialhilfe- und Lohnsenkungsspirale mit Rückkopplungseffekt, der sich zu verstärken geeignet ist. Entsprechend wird die Einführung von Kombilöhnen zwingen zu Sozialhilfekürzungen, damit auch zur aufgezeigten, auch die Löhne nach unten mitreißenden Abwärts-Spirale führen: durch höhere Einkommensfreibeträge würde eine große Zahl von Arbeitnehmern, insbesondere solchen mit Familie, in die Sozialhilfeberechtigung hineinwachsen. Die Gefahr bestünde, daß die finanziell zusammenbrechenden Kommunen als Sozialhilfeträger ihren Zusammenbruch durch radikale Kürzungen der Sozialhilfe abzuwenden streben.

Daraus ergeben sich an Aktionsideen und konkreten Vorschlägen: Die Öffentlichkeit, insbesondere jene Gewerkschaften und politischen Parteien, die für sich die Vertretung von Arbeitnehmendeninteressen in Anspruch nehmen, müssen gegen die Gefahren mobilisiert werden, die aus der Einführung von Kombi-Löhnen in Verbindung mit dem Lohnabstandsgebot ausgehen - und zwar nicht nur für Arbeitnehmende, sondern auch, vermittelt über den Nettolohnbezug, für Rentner und Rentnerinnen. Sie müssen als Bundesgenossen im Kampf gegen den gleichzeitig drohenden Lohn- und Sozialabbau gewonnen werden.

Ein Existenzgeld wird nicht automatisch alle gesellschaftlichen Probleme lösen, aber eine Grundlage bieten, an deren Lösung in basisdemokratischer Weise zu arbeiten und teilzunehmen. Erforderlich ist auch, die Debatte auf europäischer Ebene zu intensivieren.

Nach wie vor fordern wir ein Existenzgeld für alle in der Höhe von DM 1.500,- (inklusive Krankenversicherung) plus Miete, als Grundlage einer Teilnahme am sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Leben ohne Armut und Ausgrenzung. Daneben halten wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung, sowie die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für weitere notwendige Schritte.

Im Zusammenhang mit dem Abbau des Sozialstaats ist zu befürchten, daß die unbezahlte Arbeit zunehmen wird. Entsprechend wird der Zeitaufwand steigen, der im privaten Bereich aufzubringen sein wird. Besonders werden wiederum Frauen darunter zu leiden haben. Dies

23

erfordert u.a. eine solche Neudefinition von Arbeit, in welcher die unbezahlten Tätigkeiten aufgewertet werden. Dies ist bei den Tauschringen der Fall. In den Tauschringen werden lokale Ressourcen (z.B. persönliche Leistungen, selbstgemachte Produkte, Nachbarschaftshilfe) erschlossen, gestärkt und gefördert, die auf dem Geldmarkt sonst nicht angeboten werden. Tauschringe zählen somit zu den Strategien gegen die Globalisierung der Wirtschaft, die Verödung der Regionen, die Almosenmentalität und die Verschlechterung von Lebensqualität auf der lokalen Ebene. Im Gegensatz dazu fördern Sie soziokulturelle Vielfalt, stärken das Selbstbewußtsein der Beteiligten, ermöglichen Mitbestimmung und Selbstbestimmung und tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei.

Das Sozialpolitische Forum 1997 fordert die Unterstützung und die Ermöglichung freier Entfaltung für neue gemeinorientierte Projekte, wie Tauschringe und Seniorengenossenschaften.

Auch Soziale Arbeit hat zur Verbesserung der Lebenslagen der Betroffenen konsequent beizutragen. Die Herausforderungen, die durch den Sozialabbau entstanden sind und entstehen, sind an der eigenen beruflichen Situation durch Reflexion konstruktiv zu wenden. Dies soll geschehen, indem Sozialarbeit ihre Institution thematisiert und ihre Leistungsfähigkeit durch Öffentlichkeitsarbeit ebenso darstellt, wie in den notwendigen Auseinandersetzungen mit Dienstanweisungen und gesetzlichen Grundlagen. Auch auf der berufsverbandlichen Ebene ist die Sache einer politischen Sozialarbeit verstärkt und vernetzt voranzutreiben. Der bundesdeutsche Rechtsstaat war einmal im Grundgesetz als "demokratischer und sozialer Rechtsstaat" gedacht. Als solcher ist er zu sichern.

Armutsentwicklung in den Stadtteilen (und damit auch stadtteilbezogene Sozialarbeit und Sozialpolitik) stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft: wachsende private und öffentliche Armut und steigender privater Reichtum, wachsende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben.

Da auch die Kommunen diese Auswirkungen, die Verlagerung von Belastungen nach unten, spüren, konzentrieren Sie sich auf den Erhalt und den Ausbau von Wirtschaftskraft in den Zentren. Die Stadtteile sind dabei wenig im Blick.

Stadtteilbezogene Sozialarbeit und Sozialpolitik hat zwei vordringliche, gleichzeitig anzustrebende Ziele: die konkrete Verbesserung der Lebenslage der Menschen, und die Selbstorganisation der Betroffenen im Sinne einer Entwicklung von "Macht von unten". Dabei darf stadtteilbezogene Sozialarbeit neben Vermittlungsfunktionen das Engagement für alle und mit den Einwohnenden nicht vergessen; Sie darf sich auch nicht unkritisch in Strukturen einbinden lassen, die ihr ihren Handlungsspielraum nehmen.

Hinsichtlich der Jugendarbeit ist daran festzuhalten, daß die Verantwortung der öffentlichen Träger nach wie vor besteht, diese zu finanzieren. darüber hinaus wäre indes die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen und anderer ressourcenstarker Träger durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren.

Sinnvoll wäre ein Ressourcenpool für Jugendarbeit (Finanzkraft, Sachmittel, Know-How), sowie langfristige Partnerschaften zwischen Unternehmen und Jugendlichenprojekten. Dabei ist es allerdings erforderlich, über die Zielrichtung und den Nutzen dieses Handelns, sowie über die gemachten Erfahrungen in kritischer Reflexion und Diskussion zu bleiben.

Die Steigerung des Angebots an säkularen sozialen Dienstleistungen ist aus folgenden Gründen wichtig:

- zur Aufhebung von Zwangskonfessionalisierung;
- zur Entideologisierung pädagogischer und sozialer Theorie und Praxis;
- zur Herstellung bzw. Festigung humanerer Werte in einer Gesellschaft, die zwar für arme Leute beinahe stets eine "Risikogesellschaft" war, sich indes wieder zunehmend als eine solche aufführt;
- zur möglichen Einbeziehung von Fragen der Lebensdeutung;

Erforderlich hierzu sind Vernetzung, Kulturarbeit und möglicherweise eines Tages die Gründung eines weiteren Wohlfahrtsverbandes

Zur Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung erhebt das Sozialpolitische Forum 1997 die folgenden Forderungen:

- Gesetzliche Krankenversicherungspflicht für alle.
- Schwangerschaft und Mutterschaft sind gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten, folglich sollen Sie im System der Sozialversicherung belassen und aus Steuermitteln finanziert werden.
- Die Gesundheitsförderung soll wiederhergestellt werden, und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Dabei ist in kassenübergreifender Weise die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Maßnahmen der Gesundheitsförderung festzustellen, und zwar unter Beteiligung Betroffener.
- Bildungsmaßnahmen zu gesundheitsbewußtem Leben.
- Bei der Behandlung von Krankheiten sollen Modellprojekte therapeutische Innovationen ermöglichen, wie auch bestehende Therapien auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit zu überprüfen wären.
- Steigerung des Rehabilitationserfolgs durch Maßnahmen der Integration von Rehabilitation in den Alltag (etwa durch Nachbehandlung und unterstützende Selbsthilfe). Hinsichtlich der Lage der Schwerbehinderten auf dem Arbeitsmarkt erhebt das Sozialpolitische Forum 1997 die folgenden Forderungen:
  - Schaffung verbindlicher Rahmenbedingungen für die generelle Chancengleichheit Behinderter zur Umsetzung der UN-Resolution.
  - Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes.
  - Novellierung des Schwerbehindertengesetzes, insbesondere bezüglich der Vergabe von Ausgleichsabgabemitteln für Arbeitsassistenz und Minderleistung, sowie der behindertengerechten Arbeitsplatzausstattung auch bei befristeten Arbeitsplätzen.
  - Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf berufliche Rehabilitation für Behinderte.
  - Existenzsicherndes Grundeinkommen für Beschäftigte der Werkstätten für Behinderte.
  - Anerkennung dieser Beschäftigten als Arbeitnehmende.
  - Am Betriebsverfassungsgesetz orientierte Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte der Werkstätten für Behinderte.
  - Verbindliche Berücksichtigung der Frauen im Arbeitsförderungsgesetz.

- Finanzmittel in bedarfssichernder Höhe für selbstbestimmte, selbstverantwortliche Öffentlichkeitsarbeit der Betroffenen und ihrer Organisationen.
  - Festschreibung integrativer Erziehungs- und Ausbildungssysteme in den Landes- und Bundesgesetzen.
- Hinsichtlich der Flüchtlings- und Ausländerpolitik hat sich seit dem Sozialpolitischen Manifest 1995 nichts geändert, so daß die folgenden Ausführungen als Zusatz zu den dort enthaltenen Thesen zur Migration zu verstehen sind. Insgesamt fordern wir eine Politik, die Flüchtlings- und Ausländerpolitik überflüssig macht

Die Agenda 21-Arbeit ist, wie ihre Möglichkeiten, bekanntlich umstritten. Die Einschätzungen reichen von Kritik an hierarchisch strukturierten Vorgaben, Undurchschaubarkeiten, Alibiaktionen und dem inflationären Gebrauch des "Nachhaltigkeits"-Begriffs bis zu ihrer Nutzung in lokalen Kontexten. In den Vordergrund hätten jedenfalls zum einen die Dezentralisierung zu treten: Partizipation, Abbau geschlechtlicher, inner- und transnationaler Hierarchien, dezentrale Entscheidungsstrukturen, Stärkung lokaler Souveränität bei der Nutzung und Kontrolle von Ressourcen. Zum anderen könnte Regionalisierung in den Ländern des Süden dazu beitragen, bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse von Importen (aus Industrieländern) unabhängig zu werden, und durch angepaßtere Entwicklung mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit und bessere Ausgangschancen für regionen übergreifende Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen.

Hierbei wäre im einzelnen zu fordern:

- soziale, ökologische und entwicklungspolitische Kriterien in allen Entscheidungsprozessen
- Steuerungs- und Regulierungsansätze in diesen, sowie im ökonomischen, Bereichen mit dem Ziel internationaler Koordination und Kooperation
- Abbau der Diskriminierung von Minderheiten im privaten, öffentlichen, staatlichen und rechtlichen Bereich
- Nachhaltige Entwicklung bei der Ressourcen-Nutzung unter Einbeziehung der sozialen Interessen der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen
- Entschuldung der Länder des Südens; Ressourcentransfer zur Unterstützung nachhaltiger Selbstversorgung; Förderung von fairem Handel
- Unterbindung von Rüstungsexporten, Militär- und Polizeihilfe an menschenrechtsverletzende Regimes; Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel, wie internationaler Kriminalität
- eine Migrations- und Flüchtlingspolitik, die sich an den Maßstäben des UNHCR orientiert; Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe.

Gewiß läßt diese Aufstellung ein einheitliches Gesamtbild vermissen. Dies erfolgt keineswegs zufällig, bildet vielmehr einen Reflex der gegebenen Lage, mit ihrer Ausdifferenzierung nach Zielgruppen, mit ihren Konkurrenzen, die nicht nur den Arbeitsteiligkeiten entspringen. Die Herstellung von übergreifender Solidarität wäre der erste Schritt zu einer besseren Zukunft.

Verabschiedet am 9.11.1997 beim Sozialpolitischen Forum in Kassel  
Redaktion: Rolf Schwendter